

Die Auswirkungen der politischen Einigung Europas auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen¹

Eine große süddeutsche Tageszeitung fragte vor etwa zwei Jahren etwas ironisch mit Blick auf das rasende Geschichtskarussell:

"Wieviel Geschichte kann ein gesunder Europäer pro Tag vertragen?"

Fall der Mauer, Deutsche Einigung, Zerfall der UdSSR, Demokratisierung im östlichen Mitteleuropa, Vertrag von Maastricht, Binnenmarkt und Europäischer Wirtschaftsraum: das sind die Stationen einer fundamentalen Umwälzung in Europa. Und Professor *Weidenfeld*, der Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, schreibt mit Recht:

"Es wäre naiv, anzunehmen, Teile der Weltpolitik blieben von dem dramatischen Wechsel unserer Tage ausgenommen. Auch die europäisch-amerikanischen Beziehungen werden in den Sog neuer Konstellationen geraten und Antwort auf die neuen Herausforderungen geben müssen ... Der Rückblick auf die letzten 40 Jahre einer grandiosen Erfolgsgeschichte (des transatlantischen Verhältnisses) wird uns noch eine Zeitlang erwärmen. Aber zur Bestimmung der nächsten Epoche der europäisch-amerikanischen Beziehungen werden die alten politischen Bekenntnisse nicht ausreichen. Europa wie Amerika werden eine nüchterne Neubestimmung ihrer Interessen vornehmen. Das Ergebnis ist offen." (FAZ vom 28. 6. 1993).

Die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen für die Entwicklung meines Landes in der Nachkriegszeit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden: Amerika war seit 1945 der Garant für Frieden und Sicherheit in Europa und für die Freiheit meiner Landsleute im Westen Deutschlands.

Marshall-Plan, Care-Pakete, Berliner Luftbrücke – sie symbolisieren, dass für die USA und ihre Bürger Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Solidarität nicht nur **Worte** gewesen sind. Wir haben das amerikanische Volk, wir haben viele Bürger der USA als Freunde der **Tat** kennen und schätzen gelernt.

Unter dem Schirm der NATO und ihrer Führungsmacht konnte die Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern des Krieges wiederaufgebaut und in die Gemeinschaft des demokratischen Westen integriert werden.

Diese Ordnung der Nachkriegszeit, an die wir uns gewöhnt hatten, hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert: Die Forderung von Präsident Ronald *Reagan*: *"Mr. Gorbachev, tear down this wall!"* ist in Erfüllung gegangen. Und dies wäre niemals möglich gewesen ohne den historischen Satz von John F. *Kennedy* in Berlin 1963, mit dem er das Schicksal der USA mit dem des freien Teils Berlins und des freien Teils Deutschlands verbunden hatte.

Deutschland ist heute wieder vereint, und die Staaten des östlichen Mitteleuropa und Osteuropas haben jetzt eine realistische Chance erhalten, sich zu Demokratien zu entwickeln und marktwirtschaftliche Ordnung zu schaffen.

Statement bei der 8. Deutsch-amerikanischen Fachtagung für Staff-Aides der Hanns-Seidel-Stiftung am 6. Juli 1993 in München.

Aber wir alle wissen: Damit ist in Europa nicht der ewige Friede eingeleitet. Die kriegerischen Konflikte auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen UdSSR beweisen vielmehr, dass an die Stelle einer großen sichtbaren Bedrohung eine Fülle von unkalkulierbaren, z. T. noch verdeckten Risiken getreten ist.

Viele Bürger, viele Politiker fragen besorgt: Welchen Stellenwert hat Europa noch für die USA? Geht das politische und militärische Engagement Amerikas in Europa zu Ende? Signalisiert der rasche, manche sagen überhastete Abzug von US-Truppen aus Zentraleuropa – vornehmlich aus Deutschland – gar ein radikales Umdenken der USA in ihrer künftigen außenpolitischen und strategischen Konzeption?

Bisher war die US-Außenpolitik beherrscht von dem vorrangigen Ziel, das militärische Gleichgewicht in Europa zu erhalten und zu verteidigen und damit die Freiheit in Westeuropa zu sichern.

Das Sicherheitsbewußtsein der Bürger in Westeuropa hat sich nach dem Niedergang des Kommunismus dramatisch verändert. Zu viele glauben, Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft seien überholte Tugenden. Aber *Arbatow* hatte recht, als er sagte: *"Die UdSSR wird Euch das Schlimmste antun: Sie wird Euch den Feind wegnehmen!"*

Jeder Kundige in unserem Land weiß: Wir brauchen die NATO heute mehr denn je als Stabilitätsanker einer euro-atlantischen Sicherheitsordnung. Die NATO bleibt eine Allianz auf Gegenseitigkeit gegen die Feinde der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte und ein Instrument des Krisenmanagements.

Diese Allianz kann künftig auch zu einem "Durchsetzungsorgan" der Rüstungskontrolle und zu einem Instrumentarium für Aktionen der Vereinten Nationen zur Wiederherstellung des Friedens werden. Die Westeuropäische Union (WEU) kann "im Konzert" mit der NATO als Integrationsorgan dazu beitragen, dass der europäische Pfeiler der gemeinsamen Verteidigung noch stabiler wird.

Die KSZE muss in Zukunft die Aufgabe einer präventiven, rechtzeitigen Konflikt-verhinderung noch effektiver erfüllen. Mit der "Charta von Paris" vom November 1990 wurde ein neues Kapitel in ihrer Geschichte aufgeschlagen: Das gemeinsame Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, pluralistischer Demokratie und Marktwirtschaft. Außerdem hat die KSZE erstmals ständige Institutionen erhalten. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass die KSZE zu einer zentralen gesamteuropäischen Plattform zur Sicherung des Friedens durch Zusammenarbeit in Europa werden kann. Wie weit wir davon noch entfernt sind, zeigt das Beispiel Jugoslawien.

Sie wissen natürlich: Die künftige Sicherheitslage in Europa wird auch in Zukunft ein wichtiger Parameter des nationalen Interesses Amerikas bleiben. Denn es kann den USA nicht gleichgültig sein, wie die geopolitische und geostrategische Situation in Europa um die Wende zum 21. Jahrhundert aussehen wird.

Wir wissen, dass sich in den USA immer mehr kritische Stimmen zu Wort melden, die fragen, ob das Europa des Binnenmarkts, ob diese mächtige Wirtschaftskraft in Zukunft nicht auch ohne GI's aus den USA auskommen kann. Und wir wissen auch, dass nach der kläglichen Vorstellung der EG im Jugoslawienkonflikt in den USA nunmehr drängender gefragt wird, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, sich in Europa, jedenfalls im östlichen Mitteleuropa, zu engagieren.

Aber Präsident *Clinton* scheint erkannt zu haben: Die USA können nicht einfach außenpolitisch in Europa "abdanken", selbst wenn verweigerter "Gegenliebe" der Europäer sie zurecht verärgert.

Ein europäisches Sicherheitssystem ohne die Führungsmacht USA könnte im Osten Europas zu fatalen Missverständnissen führen. Russland unterhält immer noch eine Millionen-Armee und die Ukraine Verteidigungskräfte von über 700.000 Soldaten. Beide ex-kommunistische Staaten verfügen über einsatzfähige Nuklearwaffen. Und niemand kann uns heute mit Sicherheit vorhersagen, wie sich die politischen Verhältnisse dort in den nächsten Jahren entwickeln werden.

Wir wissen, dass wir von den USA und ihren Bürgern höchstpersönlichen Einsatz für die Sicherung der gemeinsamen Werte in Europa nur erwarten können, wenn wir Europäer endlich Ernst machen mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und wenn wir Deutsche endlich einsehen, dass es in der Geschichte keine Auszeit gibt, keine Ruhezeiten nach noch so großer Anstrengung.

Wir müssen – im Bewusstsein unserer schwierigen Geschichte – mit Selbstvertrauen und Mut unseren Beitrag dazu leisten, dass auf dieser Erde Hunger und Not zurückgedrängt werden. Das versuchen wir seit Jahrzehnten mit hohem materiellem Einsatz. Aber wir wissen, dass es damit nicht mehr getan ist. Unser p e r s ö n l i c h e r Einsatz ist gefordert. Auch wenn es darum geht, den Frieden zu bewahren – nicht nur in Europa.

Dabei darf kein Rechtsstaat, keine Demokratie verfassungsrechtliche Grenzen und Schranken einfach ignorieren. Wer wüsste das besser als Sie? Aber eine Verfassung darf nicht als Ausrede für Unentschlossenheit missbraucht werden. Das wissen wir und daran arbeiten wir.

Uns ist auch klar, dass eine S i c h e r h e i t s - Partnerschaft nur dann tragfähig ist und Belastungen standhält, wenn auch die vitalen ö k o n o m i s c h e n Interessen des einen und des anderen ernstgenommen und nicht verletzt werden.

Damit komme ich zum schwierigen Problem der transatlantischen Handelsbeziehungen.

In den USA und aus den USA hören wir immer drängender die Frage: Wird der europäische Binnenmarkt zur "Festung Europa" ausgebaut, mit der die eigene Wirtschaft vor den rauen Winden des internationalen Wettbewerbs schützen soll? Und die Begleitmusik zu den jahrelangen zähen GATT-Verhandlungen ist oft schrill und dissonant: US-Sanktionen und EG-Vergeltungsmaßnahmen lauten die Themen.

Das passt natürlich nicht zur Philosophie des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT, dessen Ziel es doch ist, den Welthandel zu liberalisieren und auszuweiten durch

Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung.

Sie kennen den Grund für die deutliche Verschärfung der Auseinandersetzungen. Im Wahlkampf hat Bill *Clinton* vor allem eines versprochen: "*Jobs, jobs, jobs!*" Und er versucht jetzt, sein Versprechen einzulösen.

In seiner Rede in der American University hat er Partner in den USA willkommen geheißen, aber klargestellt, "*niemand sollte etwas ohne Gegenleistung erwarten. Wir werden weiterhin ausländische Produkte und Dienstleistungen auf unseren Märkten begrüßen, aber darauf bestehen, dass unsere Waren und Dienstleistungen zu ihren Märkten unter gleichen Bedingungen Zugang haben.*" Dafür sollen die Handelsgesetze mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten und aller Energie durchgesetzt werden.

Damit zeichnet sich ab, dass außen-, sicherheits- und bündnispolitische Rücksichtnahmen, wie Ronald *Reagan* und George *Bush* sie bei Handelsstreitigkeiten gelegentlich übten, wohl seltener werden.

Die EG setzt nicht auf einseitige Maßnahmen zur Konfliktlösung, sondern auf multilaterale Absprachen im Rahmen des GATT. Ich gebe zu, dass es Deutschland nicht immer gelungen ist, unsere liberale Position in der Außenhandelspolitik in der EG durchzusetzen. Die erwähnte EG-Präferenz im öffentlichen Auftragswesen und jüngst die Bananenmarktordnung sind gegen den ausdrücklichen Widerspruch Deutschlands erlassen worden.

Wir halten eine enge Kooperation zwischen den USA und der EG für dringend erforderlich. Sonst steht das Überleben eines freien und offenen Handelssystems auf dem Spiel, das 40 Jahre lang Wohlstand in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten garantiert und zahlreichen Ländern ermöglicht hat, ihren Lebensstandard zu erhöhen. Wir begrüßen deshalb, dass Präsident *Clinton* sich im Namen der Vereinigten Staaten für ein offenes internationales Handelssystem im Rahmen der Uruguay-Runde ausgesprochen hat und eine Verlängerung des beschleunigten Verfahrens bis zum Ende des Jahres beim Kongress beantragt hat.

Kommt es allerdings bis zu diesem Zeitpunkt zu keinem Abschluss, so besteht die reale Gefahr, dass die Welt wieder in Handelsblöcke zerfällt. Dabei sind mir die Probleme durchaus bewusst, die unterschiedliche politische Wirtschafts- und Sozialsysteme für einen erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde mit sich bringen können. Aber bei gutem Willen auf beiden Seiten sind auch diese Schwierigkeiten überwindbar. Im Agrarbereich haben wir diese Fähigkeit unter Beweis gestellt.

Die USA und Europa bleiben weiterhin aufeinander angewiesen. Stellen wir uns gemeinsam der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen von Gegenwart **und** Zukunft. Dabei wissen wir, dass Orientierungsschwächen diesseits und jenseits des Atlantik den Eintritt in eine neue Epoche der europäisch-amerikanischen Beziehungen begleiten werden. Denn im atlantischen Verhältnis ist das Ende der Selbstverständlichkeiten angebrochen:

"Die neue Atlantikgeneration wird nicht mehr nach der gemeinsamen Bedrohung fragen, sondern danach, wie gemeinsame intellektuelle Anstrengung ähnliche zivilisatorische Probleme lösen hilft. Daraus kann eine transatlantische Lerngemeinschaft werden", so schreibt *Weidenfeld* (a. a. 0.).

Wir können heute einen kleinen Schritt dorthin wagen. Lassen sie uns in der Diskussion dieses Wagnis zu einer Chance machen!

